

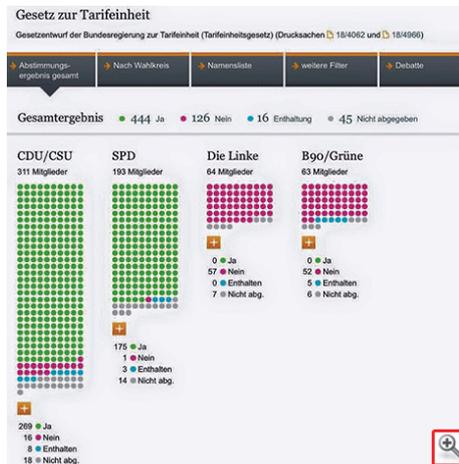
@lptraum-Bundestag beschließt das Gesetz zur Tarifeinheit

Es war der vorläufige, zumindest parlamentarische Endpunkt unter ein heftig diskutiertes und bis zum Schluss umstrittenes Gesetzesprojekt: Am Freitag, 22. Mai 2015, verabschiedete der Bundestag in namentlicher Abstimmung den Gesetzentwurf zur Tarifeinheit (18/4062), zu dem der Ausschuss für Arbeit und Soziales eine Beschlussempfehlung vorgelegt hatte (18/4966).

Von 586 abgegebenen Stimmen votierten 444 für das Gesetz, 126 dagegen und 16 mit Enthaltung.

Ebenfalls abgestimmt wurde in dieser dritten Lesung ein Antrag der Linken zur Verteidigung des Streikrechts (18/4184) und ein Antrag von Bündnis 90/Die Grünen (18/2875), in dem sich die Fraktion gegen eine gesetzliche Regelung der Tarifeinheit ausspricht. Beide Anträge wurden mit Koalitionsmehrheit abgelehnt. **Siehe Grafik:**

<http://www.bundestag.de/bundestag/plenum/abstimmung/grafik>
Geht bitte ins internet, öffnet auf dieser Seite „nach Wahlkreis“ und gebt eure Postleitzahl ein. Dabei bekommt ihr eure Wahlkreiskandidaten (mit Bild) angezeigt, die eure Interessen im deutschen Bundestag vertreten sollten, mit ihrem JA oder NEIN zu diesem Gesetz. **Eine gute Gelegenheit, z.B. als Parteimitglied oder Bürger im Ortsausschuss nachzufragen, ob diese Abgeordneten noch tragbar sind oder ausgewechselt werden müssten.** Immerhin ist selbst ein großer Teil von



befragten Verfassungsexperten der Meinung, dass dieses Gesetz gegen die grundgesetzlich garantierte Koalitionsfreiheit und gegen Tarifautonomie verstößt und vom Verfassungsgericht wieder einkassiert werden wird.

Keiner der SPD-Kandidaten in den Wahlbezirken Hannover haben gegen das Gesetz zu den Streikeinschränkungen votiert!

Stellt sich für mich die Frage, von wem und für welche politische Richtung wurden diese Spezialdemokraten aufgestellt und gewählt? Nur die dümmsten Kälber wählen ihre Schlächter selber? Egal ob Verfassungs- oder Arbeitsrechtler, im Kern sind sich fast alle Juristen einig: das von BDA und DGB befürwortete „Tarifeinheitsgesetz“ sei nicht zulässig. **Wohl kaum je zuvor hat das Parlament sehenden Auges ein Gesetz beschlossen, dem so vie-**

le namhafte Experten Verfassungswidrigkeit bescheinigen – und nicht nur Zweifel und Bedenken.

Das sei ein unzulässiger Eingriff in die Rechte von Spartengewerkschaften und zudem handwerklich voller Fehler, lautet das Verdikt. Allerdings nicht, weil es Streiks direkt einschränken würde (was es seinem Wortlaut zufolge gar nicht tut), sondern weil ein von Minderheitsgewerkschaften ausgehandelter Tarifvertrag anschließend nicht gelten. Auch **Oskar Lafontaine** wirft Union und SPD vor, mit dem Tarifeinheitsgesetz das Streikrecht und die Freiheit der Beschäftigten einzuschränken.

„Die Bundesregierung musste auf eine Anfrage der Grünen selbst einräumen, dass Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes begründet sind. Zudem werden nun ausgerechnet die Gewerkschaften beschnitten, die noch etwas bewegen können. Deutschland hat seit Jahren die wenigsten Streiktage und eine besonders geringe Lohnentwicklung. Wenn Union und SPD die Gewerkschaften jetzt noch weiter schwächen, führt das dazu, dass künftig auch die Gewerkschaften, die Menschen in Schlüsselpositionen organisieren, wie beispielsweise Lokführer, Piloten und Ärzte, gezwungen werden, Tarifabschlüssen zuzustimmen, die sich gerade einmal auf Teuerungsstraten-Niveau befinden. **Wer die Streikmacht der Gewerkschaften schwächt, der stärkt das Lohndumping.**

Das ist unverantwortlich. (HaDe)

1 x wöchentlich

AK-Linden

Donnerstags 10:00-12:30 Uhr

Freizeitheim Linden

(Straßenbahnlinie 10 - Ungerstraße)

Jeden 1. Mittwoch im Monat

ver.di-Orts-Erwerbslose

15:30-17:30 Uhr

Goseriede 10-12

(Straßenbahnlinie 10,17 - Steintor)

Nur noch 1 x wöchentlich

Beistand-Gruppe Café-S-

Do 15:00-18:00 Uhr

0511 / 33 65 35 56

(Ort: siehe letzte Seite)

@lptraum - 10 Jahre kostenlose Zeitung für Menschen in prekären Lebenslagen



redaktion@alptraum.org



www.alptraum.org



Zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel. Was braucht der Mensch ?

Der Paritätische Wohlfahrtsverband beschrieb und dokumentierte vor kurzer Zeit in seinem neuen Armutsbericht eine Entwicklung, die auch in Deutschland weiter ungebremst voranschreitet: die Zunahme von Armut. Aktuell leben hierzulande 12,5 Millionen Menschen in Armut.

Im Bundesländer-„Ranking“ hält Bremen die traurige Spitzenposition – dort ist jeder vierte Einwohner von Armut betroffen. In insgesamt 13 der 16 Bundesländer ist die Armut angestiegen. Armut wird alltäglich in Deutschland. **Kaum hatte der Paritätische seinen Armutsbericht mit den erschütternden Fakten veröffentlicht, wurde in mehreren großen Medien zum Gegenangriff geblasen.** Mit überraschend gleichlautendem Tenor stellten diese den geltenden Armutsbegriff zur Disposition und definierten ihn zu lediglich „gefühlter Armut“ um. Ein Kommentator der „Süddeutschen Zeitung“ fuhr so fiktiv mit dem Fahrrad durch Norddeutschland und stellte dabei fest, dass ihn die Armut auf seiner Fahrt nicht ansprang und er stattdessen gepflegte Landschaften durchquerte. Damit gab er jedoch nur zu erkennen, dass er nicht einmal versuchsweise bereit ist, sich der Logik des Problems zu nähern und in dieses hineinzusetzen. Denn die Argumentation auf Stammtischniveau ignoriert – neben vielem Anderen – vollständig, dass eine intakte, öffentliche Infrastruktur nicht den geringsten Aussagewert über persönliche Armut einzelner Bewohner dieses

Nach Lutz Hausstein (Auszug aus www.nachdenkseiten.de vom 21.+22.Mai 2015)

Landstriches besitzt. Dennoch werden es dabei sachlich widerlegen zu können. Auch dieser Kommentator kommt wortgewaltig zu dem Schluss, dass die angewandte Armutsschwelle lediglich die Ungleichheit beschreiben würde, nicht jedoch relative Armut. Diese und ähnliche von den Medien immer wieder verbreiteten Meinungen zu einer nur vermeintlichen Armut in Deutschland werden regelmäßig auf der homepage der nachdenkseiten.de vielfältig kritisch beleuchtet. Bitte diese als eine der wenigen fundierten Gegenmeinungen auch nutzen. (HaDe)

mängelfreie Radwege, glänzende Innenstädte und gepflegte Vorgärten als Indiz für die Abwesenheit persönlicher Armut dargestellt. Und da dies so sei, so der Kommentator, könne ja mit der Statistik „etwas nicht in Ordnung sein“. Nach einigen imaginierten Visionen gelangt er zu der, nicht einmal falschen, Meinung, dass diese Armutsdefinition lediglich als Indikator für Ungleichheit in der Gesellschaft taugen würde. Indem er jedoch gleichzeitig den vom Paritätischen verwendeten Armutsbegriff ablehnt, beweist er nur, wie wenig er vom Begriff „relative Armut“ verstanden hat. Die gleiche Argumentationslinie machte sich der Kommentator des „Bayerischen Rundfunks“ zu eigen. Neben ein paar Unkorrektheiten in der Darstellung der Fakten gelangte auch er zu dem Schluss, dass relative Armut ja keine „richtige“ Armut sei, welche seitens einer nicht näher benannten Gruppe von Statistikern dann auch als „Unstatistik des Monats“ angeprangert wurde. Die „FAZ“ wiederum befeiligte sich ebenfalls dieser Argumentation und verstieg sich gar dazu, den vom Paritätischen festgestellten Anstieg der Armut als „statistischen Trick“ und als „Schande“ seitens des Paritätischen zu brandmarken. Neben unhaltbaren Allgemeinplätzen zur gesamtgesellschaftlichen Situation („üppige Tarifabschlüsse“, „privater Konsum kennt kaum noch Grenzen“) übte sich der FAZ-Kommentator in beißender Kritik gegenüber dem Konzept der relativen Armut, ohne



@lbert sprachlos im Juli:

„Angesichts der Herrschenden, der herrschenden Dummheit ist unser Einstein derzeit sprachlos.“

Albert Einstein (1879-1955)

@lptrraum



MITGLIED IM

DPV

Deutscher
Presse
Verband

@lptrraum



Impressum:

Impressum:

“ALP-Traum” ist seit 2005 ein kostenloses Arbeitslosen-Zeitungsprojekt, Plattform Hannover-gegen-Sozialabbau.de

+++ Die Redakteure sind Mitglied im DPV - Deutscher Presse Verband e.V. für Journalisten, Hamburg +++

Beiträge: Erwin Stefaniuk (ErSt), Tel. 45 66 13, Heinz-Dieter Grube (HaDe), Tel. 34 21 21, mobil 0163 7385457

@lptrraum-Redaktion (Alp) - Gastbeiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

Druck im Selbstverlag, verantwortlicher Redakteur: Heinz-Dieter Grube, Schützenstr. 12, 30161 Hannover

www.alptrraum.org, Tel. 0511 / 34 21 21, Fax 0511 / 34 23 23, Email: redaktion@alptrraum.org

@lptrraum erscheint monatlich, Druck-Auflage: 400 - 2500, ist frei von gewerblichen Anzeigen und Werbung

Spendenkonto: H.- D. Grube, Kto. Nr. 249 437 818 4 BLZ 201 100 22 Postbank Hamburg

Hinweis: Bei diesem Konto handelt es sich um ein der Redaktion Alptrraum zur Verfügung gestelltes Sparsbuch.

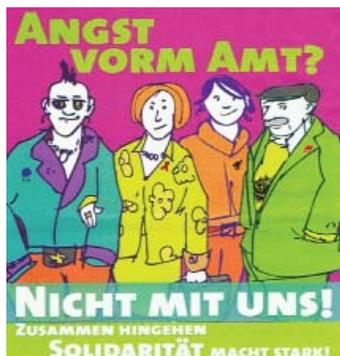
Wir erhalten bei Zahlungseingang keine Information, wer überwiesen hat.

Spendenquittungen sind leider nicht möglich. Bei Spendeneinzahlung, z.B. für Porto,

Zusendung von Papierausgaben Alptrraum, bitte per E-Mail Hinweis geben. Danke.

@lptrraum-Demokratieverlust - Wer informiert ist, sich nicht wehrt, lebt verkehrt !

*** Wer hilft in Hannover Menschen in prekären Lebenslagen ***



Hannöversche AIDS-Hilfe e.V., Lange Laube 14	Termin vereinbaren, 360 696-0
ASG, Walter-Ballhause-Str. 4	Termin vereinbaren, 44 24 21
Diakonie-Beratung, An der Christuskirche 15	Termin vereinbaren, 167 686-0
IG Metall, Postkamp 12	Termin vereinbaren, 124 02-45
ver.di, Goseriede 10	Termin vereinbaren, 124 00-0
SoVD, Herschelstr. 31	Termin vereinbaren, 701 48-21
Sozialverband VdK, Am Schiffgraben 40	Termin vereinbaren, 131 72 20
pro familia, Goseriede 10	Termin vereinbaren, 36 36 06
[ka:punkt], Gruppenstraße 8	Termin vereinbaren, 270 739-0
Café -S-, Königstraße 6	Do 15.00-18.00 Uhr
(Selbsthilfe)-Begleitservice	Hotline: 16-18 Uhr, 33 65 35 56

Zentrale Beratungsstelle

Hagenstr. 36
30161 Hannover (Zentrum)
Tel.: 0511 / 99040-0

Kontaktladen Mecki

Raschplatz 8 c-d
30161 Hannover (Zentrum)
Mo - Do 8.00 - 11.00 Uhr
Fr. 8.00 - 12.00 Uhr
Sa 8.00 - 10.00 Uhr
Tel.: 0511 / 3480264

Tagestreffpunkt DÜK

Lavesstr. 72
30159 Hannover (Zentrum)
Mo. Di., Do., Fr.: 10:30 - 15:30 Uhr
Mi.: 10:30 - 13:00 Uhr
Tel.: 0511 / 3632538

Männerwohnheim Büttnerstraße

darin: **Werkheim - Kaffeestube**
Mo. - So.: 6:00 - 14:00 Uhr
Büttnerstr. 9
30165 Hannover (Vahrenwald)
Tel.: 0511 / 35856-0

Unterkunft Wörthstraße

Wörthstr. 10
30161 Hannover (Oststadt)
Tel.: 0511 / 3884893

Treffpunkt Köthnerholweg

Köthnerholweg 9
30451 Hannover (Linden)
Mo. - Fr.: 9:00 - 14:00 Uhr
Beratung nach Vereinbarung
Tel.: 0511 / 2110634

Männerwohnheim

Schulenburg Landstraße 335
30419 Hannover (Schulenburg)
Tel.: 0511 / 9781790

Neues Land - Auffanghaus für Männer

Steintorfeldstr. 11
30161 Hannover (Oststadt)
Tel.: 0511 / 319715

Frauenunterkunft

Gartenstr. 20
30161 Hannover (Oststadt)
Tel.: 0511 / 34021-0

Szenia

Tagestreff und Beratung für Frauen
Burgstr. 12
30159 Hannover
Mo., Di., Do.: 10:00 - 15:00 Uhr u. Fr.: 10:00 - 13:00 Uhr
Tel.: 0511 / 7600100

Neues Land

Auffanghaus für Frauen
Lange-Hop-Str. 44
30559 Hannover (Bemerode)
Tel.: 0511 / 51463

Tagestreff Nordbahnhof

Engelbosteler Damm 113
30167 Hannover
Di 14.00 - 19.00 Uhr, Mi 14.00 - 21.00 Uhr
Do 14.00 - 19.00 Uhr, So 9.00 - 15.00 Uhr

Paul-Oehikers-Haus

Plantagenstr. 17
30455 Hannover (Badenstedt)
Tel.: 0511 / 2609243

Krankenwohnung Die KuRVE

Alt-Bethesda (Henriettenstift)
Hannover (Kirchrode)
Tel.: 0511 / 8387320

Karl-Lemmermann-Haus

Am Wacholder 9
30459 Hannover (Oberricklingen)
Tel.: 0511 / 410282-0

Caritas

Tagestreffpunkt für Wohnungslose

Leibnizufer 13-15
30169 Hannover (Zentrum)
Tel.: 0511 / 12600-0
sfw@caritas-hannover.de
Mo., Do., Fr.: 8.30 - 13.00 Uhr
Di.: 13.00 - 16.00 Uhr - Mi. 8.30 - 17.00 Uhr

Lindener Tisch e.V.

Mittagessen 1 € - Mo.-Fr. 12.30 - 14.30 Uhr
Frühstück 0,50 €, Di., Mi., Fr. 8.30 - 9.30 Uhr
**Lebensmittel- (auch Tiernahrungs-) Aus-
gabe Mo. + Do. - jeweils ab 14.30 Uhr
kostet je 1,- €** (lange Wartezeiten möglich,
Vorrang für bestimmte Personengruppen)
Dunkelberggang 7 - nahe Schwarzer Bär
Mittwochs: ärztlicher Dienst Caritas

Neues Land - SOS Bistro

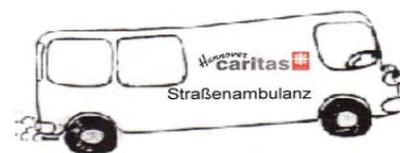
Steintorfeldstr. 4a
30161 Hannover (Zentrum)
Di.-Fr.: 15:00 - 20:00 Uhr,
Sa. und So.: 17:00 - 20:00 Uhr
Tel.: 0511 / 3884504

St. Clemens Samstagsfrühstück

des Caritas-Verband Hannover
Leibnizufer 13-15
30169 Hannover (Zentrum)
Tel.: 0511 / 12600-0
April bis November: 09.00 - 11.00 Uhr
Dezember bis März: 08.30 - 10.30 Uhr

Ökumenische Essensausgabe

(Winterhilfe) der Caritas (kostenlos)
Leibnizufer 13-15
30169 Hannover (Zentrum)
Tel.: 0511 / 12600-0
von Dezember bis März
täglich (außer So.) von 11.00 - 13.00 Uhr



Ärztlicher Dienst für Wohnungslose

Mon: **Schulenburg Landstraße**
*) 11.00-12.30 Uhr
Caritasverband Hannover e.V.
10:00-11.30 Uhr (ohne Mobil)

Die: Treff „Nordbahnhof“
14.00-15.00 Uhr (ohne Mobil)

Mit: Tagestreff Köthnerholweg
10.00-11.30 Uhr
Frauenunterkunft Vinnhorster Weg
*) **ab 12.00 Uhr (ohne Mobil)**
Caritasverband Hannover e.V.
14:00-15.30 Uhr (ohne Mobil)

Don: **K & S Unterkunft in Laatzen**
11.00-12.00 Uhr (ohne Mobil)
Unterkunft Wörthstraße
*) **13.00-14.00 Uhr (ohne Mobil)**

Sam: Caritasverband Hannover e.V.
09:30-11.00 Uhr (ohne Mobil)

Son: Treff „Nordbahnhof“
11.00-12.30 Uhr (ohne Mobil)

*) Für Bewohner der Unterkünfte

Zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel. Was braucht der Mensch ?

Nach Lutz Hausstein (Auszug aus www.nachdenkseiten.de vom 21.+22.Mai 2015)

Nach wie vor beherrschen Stamm-tischparolen das öffentliche Mei-nungsbild, sobald von (relativer) Armut in Deutschland die Rede ist. Da es „uns“ ja gut gehe, wie Bun-deskanzlerin Angela Merkel nicht müde wird, beständig zu betonen, ist in dieser Logik natürlich auch Armut in Deutschland nur ein Hirn-gespinst. Immer wieder wird holz-schnittartig auf Phrasen wie „Jammern auf hohem Niveau“ zurückgegriffen, ohne dabei die Absurdität dieses vermeintlichen „Arguments“ auch nur ein-mal zu reflektieren. Die reflexartigen Vergleiche mit Stereotypen der abso-luten Armut lassen die Erscheinungs-formen relativer Armut scheinbar hinter diesen verblassen. Dennoch sind die Wirkungen von relativer Armut auf die betroffenen Menschen selbst mittelfristig verheerend. Denn relativ Armen bleibt verwehrt, was gesellschaftlich übliche Normalität ist. Es ist kein „ein-faches, aber gutes Leben“, das relativ Arme – abgekoppelt und einsam von der Normalität der übrigen Gesell-schaft – führen müssen.

Was sind nun jedoch diese üblichen Verhaltensweisen und Verrichtungen, von denen relativ Arme häufig auf-grund ihrer fehlenden Finanzen aus-geschlossen sind ? **Armut für seine Bürger zu beseitigen und zu verhin-dern, ist eine der Kernaufgaben der Bundesrepublik Deutschland und schon mit dem Sozialstaatsgebot im Grundgesetz verankert. Mit der Pflicht zur Sicherung des sozio-kulturellen Existenzminimums erkennt der Staat an, relative Armut ebenso wie absolute Armut innerhalb der Geltungsgrenzen seines Grundge-setzes nicht zuzulassen.**

Dem wird er jedoch mit seinem prakti-



schen, konkreten Handeln immer we-niger gerecht.

Der stetige Anstieg der Armutszahlen spiegelt diese Pflichtverletzung auch quantitativ wider. Die Grundlage für diese Entwicklung wurde mit der Agen-da 2010 und den mit ihr verbundenen Gesetzen gelegt. **Mit repressiv wir-kenden Gesetzen werden Arbeits-lose gezwungen, (fast) jede nur er-denklige Arbeit, unabhängig von ihrer Qualifikation, Eignung und persönlichen Vorlieben, aber auch der Entlohnung, anzutreten.** Die sol-cherart erzeugte Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt schlägt sich bis zum heu-tigen Tage in zurückbleibenden Löh-nen, insbesondere bei den ohnehin schon niedrigsten Löhnen, nieder. Die Schere zwischen Arm und Reich klapft so immer weiter auseinander.

Dabei kommt der Höhe des Arbeits-losengeldes II, umgangssprachlich auch mit Hartz IV bezeichnet, eine entscheidende Rolle zu. Je niedriger das ALG II, desto stärker senken die in den Arbeitsmarkt gepressten Arbeits-losen auch die Löhne. Ganz beson-ders in den untersten Lohnbereichen, für die Arbeitslose, vermeintlich mit (multiplen) Vermittlungshemmnissen behaftet, laut Lesart der Bundesagen-tur für Arbeit ausschließlich geeignet sein sollen. Auch aus diesen Gründen wurde das ALG II, welches, wie immer wieder regierungsamtlich betont, das Existenzminimum darstellen soll, seit

Einführung des Hartz IV-Regelsatzes 2005 beständig politisch kleinge-rechnet. Auch die vom Bundesver-fassungsgericht am 9. Februar 2010 festgestellte Verfassungswidrigkeit der Regelsatzhöhe und die dadurch erzwungene „Neuberechnung“ wurde von der Bundesregierung mittels der dafür sachlich nicht geeigneten EVS-Statistikmethode, zuzüglich weiterer teils obskurer, Abschlüge auf den Re-gelsatzbetrag unterlaufen.

Ein völlig anderer Ansatz liegt der Stu-die zur Höhe der sozialen Mindestsi-cherung „**Was der Mensch braucht**“, die in wenigen Tagen erscheinen wird, zugrunde. Die Studie basiert auf der Warenkorb-methode, die durch ihre Herangehensweise nicht nur die Ver-meidung absoluter Armut zum Ziel hat, sondern gleichfalls, entsprechend dem Grundgesetz, relativer Armut. Auch das Bundesverfassungsgericht be-tonte mehrfach, dass ein Mindestmaß an sozio-kultureller Teilhabe unver-fügbare Teil des Existenzminimums ist. Mittels der Sicherstellung sozio-kultureller Teilhabe wird jedoch rela-tive Armut vermieden – und damit die finanziell erzwungene Exklusion von Menschen aus unserer Gesellschaft. Dieser Festlegung wird die Studie „Was der Mensch braucht“ gerecht, denn sie berücksichtigt die Integration armer Menschen, die ja keineswegs nur unter Arbeitslosen zu finden sind, in der Berechnung des Existenzmini-mums. Dies wäre ein großer Schritt auf dem Umkehrweg zu wieder mehr sozialer Gerechtigkeit und zum immer brüchiger werdenden sozialen Frieden in Deutschland. **Dem sollte sich eine vermeintlich linke, sozialdemokrati-sche Sozialministerin mehr als nur verpflichtet fühlen.** nachdenkseiten.de

@lptraum-Sozialer Stadtrundgang im Juli: Asphalt zeigt das andere Hannover

Kommen Sie mit - zum sozialen Stadtrundgang ! Jetzt auch immer am letzten Freitag im Monat !



Asphalt-Verkäuferinnen und -Verkäu-fer führen Sie zu Orten, an denen Woh-nungslose keine Randgruppe sind.

Erleben Sie die Straße neu und lernen Sie spezielle Anlaufstellen kennen:

Wo sind die Schlafplätze von obdach-losen Menschen ?

Wo duschen oder essen sie ?

Wo gibt es Konflikte ?

Ein außergewöhnlicher Stadtrundgang - von ExpertInnen der Straße geführt !

Asphalt-Stadtrundgang Juli:

Freitag, 31. Juli 2015, 15.00 Uhr

Treffpunkt:

Hallerstr. 3, 30161 Hannover

Bitte melden Sie sich telefonisch an: 0511-301269-0. # Teilnahme auf Spen-denbasis: ab 5 €uro pro Person.

Gruppen (Studierende, Schulklassen, Vereine etc.) vereinbaren bitte geson-derte Termine ! (Alp)

(Quelle: Asphalt-Magazin)

Infos: www.asphalt-magazin.de

@Iptraum-Infos & News im Juli 2015:

10 Jahre @Iptraum 2005 - 2015 # Über 125 Ausgaben gegen den Sozialabbau: www.alptraum.org

@Iptraum-Logo-Streit vor 10 Jahren, anno 2. Juli 2005: Fax an @Iptraum
 „Es könnte Verwechslungsgefahr bestehen!“ Logo-Streit zwischen Erwerbslosenzeitung und der Bundesagentur für Arbeit: Siehe taz-Archiv: www.taz.de/1/archiv/?dig=2005/07/02/a0353

@Iptraum-Kunst im Juli: Kostenloser „FreiTag“ in Hannovers Museen...
 10 bis 17 Uhr Eintritt frei im Historischen Museum # 10 bis 18 Uhr Eintritt frei im Sprengel Museum Hannover
 11 bis 16 Uhr Eintritt frei im museum august kestner # 11 bis 18 Uhr Eintritt frei in der kestnergesellschaft
 12 bis 19 Uhr Eintritt frei im kunstverein hannover # 14 bis 17 Uhr Eintritt frei im Landesmuseum Hannover
 11 bis 18 Uhr Eintritt frei im KUBUS Hannover: <http://www.hannover.de/Kultur-Freizeit/Museen-Ausstellungen>



@Iptraum-Atommüll im Kino: „Die Reise zum sichersten Ort der Erde“
 Dokumentarfilm über die weltweit Suche nach einem Atommüll-Lager: In den letzten 60 Jahren wurden weltweit über 350.000 Tonnen hochradioaktive Abfälle angesammelt. Doch wohin mit dem Atommüll? Zusammen mit einem Wissenschaftler macht sich der Schweizer Dokumentarfilmer Edgar Hagen auf die Suche nach einem Ort, an dem die strahlenden Hinterlassenschaften unserer Atomanlagen für Tausende von Jahren sicher gelagert werden könnten. Viele der Orte findet er - aber keiner scheint geeignet zu sein...
 » [alle Aufführungstermine](#) # » [zur offiziellen Film-Website](#) # » [Interview mit dem Regisseur \(Süddeutsche Zeitung\)](#)

@Iptraum-Breakfast: Samstagsfrühstück der Caritas von 9.00 bis 11.00 Uhr
 Samstags von April bis November: Caritasverband Hannover e.V., Leibnizufer 13-15, 30169 Hannover

@Iptraum-Stöber-Sonntag: Flohmarkt am 5. Juli 2015 von 8.00 bis 15.00 Uhr
 Aufbau ab 7.00 Uhr, Teilnehmerbeitrag 2,50 € pro Meter, Kinder bis 14 Jahre frei, Abbau bis 16.00 Uhr
 Auch So., 12. / 19. / 26. Juli # Kulturzentrum Faust e.V., Zur Bettfedernfabrik 3, 30451 Hannover-Linden

@Iptraum-AWO-Repair-Café: Samstag, 18. Juli 2015 von 13.00 bis 17.00 Uhr
 Wegwerfen? Denkste! Kaputte „Lieblingsstücke“ reparieren (jeden 3. Samstag im Monat) bei Kaffee & Kuchen
 Rat & Hilfe der „Helfenden Hände“: AWO-Repair-Café, Ernst-Korte-Haus, Posthornstraße 77, 30449 Hannover

@Iptraum-Region Hannover: „Tag der offenen Tür“ am Sonntag, 19. Juli 2015
 Die Region Hannover gewährt Blicke hinter die Kulissen und bietet ein besonderes Unterhaltungsprogramm für Groß und Klein rund um den Bürokomplex (Fach- und Servicebereiche) und auch in den Innenhöfen.
 „Erlebnis Region“ von 11.00 bis 18.00 Uhr: Regionshaus, Hildesheimer Straße 18+20, 30169 Hannover

@Iptraum-Sozialer Asphalt-Stadtrundgang: Freitag, 31. Juli 2015, 15.00 Uhr
 21 Jahre Asphalt-Magazin, Hallerstraße 3, 30161 Hannover (5 € pro Person) www.asphalt-magazin.de

@Iptraum-Open Air: 32. Fährmannsfest vom 31.07. bis 02.08.2015
 Hannovers „kleines Woodstock“ an Ihme & Leine # Justus-Garten-Brücke/Weddigenufer
 Zwei Musikbühnen, Kultur & Kinderprogramm # Bunt statt Braun: www.faehermannsfest.de

Zehn Jahre @Iptraum 2005 - 2015: kostenlose Hannoversche Zeitung
 Über 125 Print- & Onlineausgaben gegen den Sozialabbau für Menschen in prekären Lebenslagen
 Mitglied im DPV Deutscher Presse Verband [Verband für Journalisten e.V. Hamburg] www.dpv.org
 Aktuelle Informationen und Material: www.alptraum.org oder: www.hannover-gegen-sozialabbau.de
 Spenden für Druck- und Papierkosten: Postbank Hamburg, Kto.-Nr. 249 437 818 4, BLZ 20110022
 Druck: Copy excellent Digital & Offsetdruck, Arndtstraße 6, 30167 Hannover: www.copyexcellent.de
 [Das @Iptraum-Team zeichnet nicht verantwortlich für Seiteninhalte oben genannter externer Links]

@lptraum-Luxleaks: Ermittlungen gegen den Aufdecker

Zahlreiche deutsche Medien, darunter die "Süddeutsche Zeitung" und auch der NDR, hatten Ende 2014 ausführlich darüber berichtet, wie der luxemburgische Staat internationalen Konzernen mit fast schon kriminell zu nennender Energie dabei hilft, Steuerzahlungen in Milliardenhöhe zu umgehen.

Die damals vom jetzigen EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker geführte luxemburgische Regierung hatte jahrelang großen Firmen keine

oder nur geringe Steuern in der Steuersparoase abgenommen.

Der französische Journalist **Edouard Perrin** hatte mit Hilfe von sogenannten Whistleblowern – oft Überzeugungstäter aus dem "inner circle" der Banken und Beratungsgesellschaften – anhand zahlreicher interner Dokumente über die Machenschaften in dem Großherzogtum berichtet.

Nun geht die luxemburgische Staatsanwaltschaft strafrechtlich gegen ihn vor. Unter anderem werden ihm Anstif-

tung und Komplizenschaft im Hinblick auf einen Whistleblower vorgeworfen, gegen ihn wird jetzt ermittelt.

Quelle: Zapp im NDR

Zurecht meint das Internationale Konsortium Investigativer Journalisten (ICIJ), dass hier gegen den Feuermelder statt gegen das Feuer vorgegangen werde.

Fabio de Masi, Europaabgeordneter der LINKEN sprach von einem „Angriff auf die Pressefreiheit“. Journalisten und deren Informanten.

Reporter ohne Grenzen: Vorratsdatenspeicherung hebt journalistischen Quellenschutz aus

Reporter ohne Grenzen hat vor negativen Auswirkungen der geplanten Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung gewarnt. Die anlasslose Speicherung von Verbindungsdaten bedeute einen schweren Eingriff in die Pressefreiheit.

Jedes pauschale und verdachtsunabhängige Speichern von Telekommunikationsdaten untergräbt den Schutz journalistischer Quellen, meint die Organisation Reporter ohne Grenzen (ROG). Damit werde die Pressefreiheit im Kern beschädigt, denn Infor-

manten, die Journalisten sensible Informationen zuspielden wollen, blieben nach dem aktuellen Gesetzentwurf ungeschützt und werden damit von der Kontaktaufnahme abgeschreckt.

Quelle: heise.de

(..... und die SPD stimmt wieder zu ?)

EDEKA-Markt Heymer sperrte BILD-Zeitung aus - der Mitteldeutsche Pressevertrieb straft ab

Sehr geehrte Kundschaft, heute, 21. Mai 2015 erreichte uns die Kündigung des MITTELDEUTSCHEN PRESSEVERTRIEBES!

Mit der Begründung, dass wir uns standhaft weigern die BILD Zeitung zur Auslage zu bringen. Gekündigt wurde die Belieferung zum 22.05.2015. Da es ein Gebietsrecht gibt, dürfen wir uns von keinem anderen Grossisten beliefern lassen, das heißt wir dürfen uns ab sofort keine Zeitschriften von einem Pressevertrieb liefern lassen.



Für alle Freunde der Printmedien heißt es nun, bitte zum Kiosk gehen.

Dieser befindet sich aber direkt neben unserem Haupteingang. Somit müs-

sen Sie keinen Umweg machen.

Wir hoffen, dass unsere treue Kundschaft Verständnis hat und die 3 Schritte zum Zeitschriftenhändler gegenüber kein großer Umstand sind.

Desweiteren haben wir uns überlegt die frei gewordene Fläche sinnvoll zu nutzen.

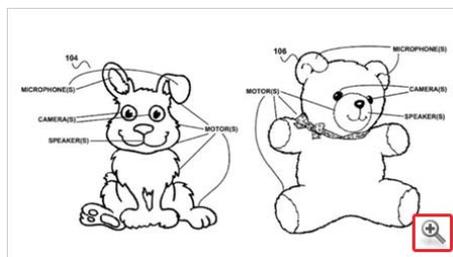
So wird in den nächsten Tagen dort ein Sortiment an Kinderbüchern, Malbüchern und Bestsellern ausliegen.

Hochachtung dem EDEKA-Markt in Chemnitz, die @lptraum-Redaktion

Patentantrag von Google: »Gruselige« Spielzeug-Puppe mit Mikrofonen, Kameras und WLAN

Erst im März 2015 hatte eine Barbie von Mattel den »Big Brother Award« erhalten, da diese Puppe mit Mikrofon und WLAN ausgestattet war. Sprachaufzeichnungen von Kindern sollen über externe Server ausgewertet werden, damit die Puppe entsprechend reagieren kann. Außerdem sollten Eltern auch noch per E-Mail über die Gespräche ihrer Kinder mit der »Hello Barbie« informiert werden, die damit noch mehr zu einem Spion im Kinderzimmer wird.

Doch wie ein nun veröffentlichter Patentantrag von Google zeigt, gibt es noch viel »gruseligere« Ideen für Überwachung von Kindern in Spielzeug-Form.



Patentantrag von Google: »Gruselige« Spielzeug-Puppe mit Mikrofonen, Kameras und WLAN

Der Antrag beschreibt Spielzeug, das beispielsweise wie ein Teddybär aussieht, in dem aber Motoren für Bewegungen, Mikrofone in den Ohren, Kameras in den Augen und auch ein

Lautsprecher stecken. Der Antrag betont, dass das Spielzeug »niedlich« aussehen sollte, damit kleine Kinder es anziehend finden. Das Spielzeug soll über die Motoren in der Lage sein, seinen »Blick« in Richtung des Kindes zu orientieren, wenn es angesprochen wird. Auch Bewegungen wie das Schieflegen des Kopfes oder Kopfkratzen sollen möglich sein. Für die Mikrofone aufgenommene Sprache soll wie bei der »Hello Barbie« über einen WLAN-Zugang und externe Server analysiert werden. Erkannte Befehle können auch an weitere Geräte im Zimmer weitergeleitet werden, so dass diese per Sprache gesteuert werden könnten.

Quelle: Gamestar via nachdenkseiten

Arbeitslosengeld II - Sozialgericht hält Kürzung von Hartz IV für verfassungswidrig

Eine Kürzung des Arbeitslosengeldes II bei Pflichtverstößen des Empfängers ist nach Ansicht des Sozialgerichts Gotha verfassungswidrig - weil sie die Menschenwürde des Betroffenen antasten sowie Leib und Leben gefährden kann.

Mit seiner Entscheidung beschreitet das Sozialgericht Gotha, Aktenzeichen S 15 AS 5157 / 14, nach eigenen Angaben Neuland. Es sei das bundesweit erste Gericht, das die Frage aufwerfe, ob die Sanktionsmöglichkeiten der Jobcenter mit dem Grundgesetz vereinbar sind.

Die 15. Kammer des Gerichts sei der Auffassung, dass die im Sozialgesetzbuch (SGB) II festgeschriebenen Sanktionsmöglichkeiten der Jobcenter gegen mehrere Artikel des Grundgesetzes verstoßen, teilte das Gericht in Gotha am 27.05.2015 mit. Deshalb wolle es diese Sanktionen nun vom Bundesverfassungsgericht prüfen lassen.

Derzeitige Praxis: Jobcenter kürzen



ALG II, wenn „Kunden“ (auch dubiose Redaktion) Arbeitsangebote ablehnen. Das Sozialgericht urteilte in dem Fall, bei dem Mann, der vom Jobcenter Erfurt Arbeitslosengeld (ALG) II bezog. Nachdem er ein Arbeitsangebot abgelehnt hatte, wurde ihm das ALG II um 30 Prozent, also um 117,30 Euro monatlich gekürzt. Wegen einer weiteren „Pflichtverletzung“ - der Mann lehnte eine Probetätigkeit bei einem Arbeitgeber ab - wurde ihm die Leistung später um weitere 30 Prozent gekürzt, insgesamt also nun um 234,60 Euro pro Monat. Dagegen reichte der Mann Klage

am Sozialgericht Gotha ein. Dessen 15. Kammer stellte in dem am 26. Mai verkündeten Beschluss fest, dass diese Leistungskürzungen ihrer Ansicht nach gegen das Grundgesetz verstoßen. **Die Richter bezweifeln, dass die Sanktionen mit der im Artikel 1 festgeschriebenen Unantastbarkeit der Menschenwürde und der im Artikel 20 festgeschriebenen Sozialstaatlichkeit der Bundesrepublik vereinbar sind.** Denn aus diesen Artikeln ergebe sich ein Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums, das bei einer Kürzung oder kompletten Streichung des Arbeitslosengeldes II gefährdet sei. **Außerdem stünden die Sanktionen im Widerspruch zu den Artikeln 2 und 12 des Grundgesetzes, weil sie die Gesundheit oder gar das Leben des Betroffenen gefährden könnten. Die genannten Grundgesetz-Artikel garantierten jedoch das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.** (HaDe)

Hurra, auch Politik und GVH erkennen endlich Unsinn der Wertmarken zum Sozialticket !

Zum Januar 2016 soll es geschafft sein: Abschaffung der monatlich dazu zu kaufenden 4,- €Wertmarken zum Tagesticket S.

Als Grund der Abschaffung wird laut einem Artikel in der HAZ vom 18.06.15 mehrfach der hohe Verwaltungsaufwand aufgeführt, der mit der Wertmarke verbunden ist. Wie heutzutage allgemein in der medialen Welt üblich, weist der Artikel des Herrn Nagel in der HAZ zwar auf einen hohen Verwaltungsaufwand hin, erklärt aber nicht, wie und warum dieser zustande kommt. Dass die Wertmarke als Kontrollmöglichkeit der Nutzung des GVH völlig nutzlos und ungeeignet sein wird, hatte @lptraum schon bei Einführung des Tagesticket S beklagt, darauf hingewiesen, dass damit lediglich vermeintliche Mehrkosten bei der Beförderung sozial Bedürftiger zu Gunsten der Verkehrsbetriebe und zu Lasten der Attraktivität eines Sozialtickets weiterhin auf die schwächsten der Gesell-

schaft verlagert wurden. Mit monatlich 4,- €Zusatzkosten zu den Einzeltickets ist das bei nur wenigen Fahrten im Monat für Nutzer unwirtschaftlich, die GVH konnte dieses Geld als Zuschuß für sich verbuchen und viele Bedürftige verzichteten auf das Tagesticket S. Bei der MonatsCard S ist es ebenso, dass nicht der bei JobCard gewährte Rabatt von 50% den Bedürftigen gewährt wurde, sondern nur 40%. 4 Millionen Euro hätte die Region der GVH jährlich als Zuschuss zum so genannten Sozialtarif gezahlt, heißt es in dem Artikel. Das ist sicherlich gut angelegtes Geld, wenn dadurch gewährleistet werden kann, dass eine bezahlbare Mobilität für Geringverdiener und von Transfergeldern abhängige Menschen bereit steht. Die Wertmarken abzuschaffen hatte @lptraum immer schon gefordert, auch stets darauf hingewiesen, dass die heute übliche computerisierte Erfassung des Verkaufs der Fahrkarten ausreicht, um deren Nutzung sta-

tistisch auswerten zu können, den unterschiedlichen Fahrkartenverwendungen zuordnen zu können. Die Wertmarke war zu diesen Zwecken nicht geeignet, schaffte nur weitere Gründe, bei Fahrscheinkontrollen Situationen herzustellen, bei denen Bedürftige bei Unvollständigkeit oder Fehlen der Wertmarke „Beförderungerschleichung“ vorgeworfen werden konnte. Die Kosten für Ausstellung, Kontrolle und statistische Auswertung sind jetzt wohl auch von den Verantwortlichen in Politik und GVH als ohne greifbaren Nutzen erkannt worden. Die Wertmarke wird erfreulicherweise abgeschafft. Der Tages-Einzelfahrschein für Bedürftige sollte preislich mindestens bei 50% des Normalpreises bleiben, so man hier noch von „sozial“ sprechen kann. Ebenso sollte bei der Monatskarte auch eine 50%-Regelung greifen, das wünscht sich und fordert auch die @lptraum-Redaktion fürs Erste. DIE LINKE hält Null-Tarif für machbar.

